

ÖKO-KRAFTSTOFF Biodiesel spaltet

Die Union streitet um niedrigere Bioanteile. Dieselfahrer könnten den Preis dafür an der Zapfsäule zahlen

Norbert Schindler nahm all seinen Mut zusammen. Kaum hatte Angela Merkel ihre Rede vor der CDU/CSU-Bundestagsfraktion beendet, meldete sich der Landwirt und Winzer aus Rheinland-Pfalz zu Wort. Ungewohnt scharf kritisierte CDU-Mann Schindler die Regierungspolitik seiner Kanzlerin. Er warf der von Merkel geführten großen Koalition einen Zickzackkurs vor.

Es geht um das Biokraftstoffquoten-Gesetz. Ein kompliziertes Paragrafenwerk mit viel politischer Brisanz. Merkel, die den Klimaschutz zur Chefsache erklärte hat, will das Autofahren umweltfreundlicher machen. Ökokraftstoffe, die etwa aus Raps gewonnen werden, sollen vermehrt in die Tanks deutscher Autofahrer. Der erhöhte Biospritanteil, so die Hoffnung, verbessere die Kohlendioxidbilanz.

Doch die ehrgeizigen Pläne der Bundesregierung bestehen nicht im Praxistest. Millionen Autos können mit dem erhöhten Biospritanteil nicht fahren. An kaum einer Tankstelle findet sich zudem eine Zapfsäule mit Biodiesel. Nun will die Regierung das Ökoprodukt wieder zurückfahren und laut Kabinettsbeschluss den Bio-anteil am Sprit rückwirkend zum 1. Januar auf 5,25 Prozent reduzieren. Genau das brachte Schindler mächtig in Rage.

Sein Protest, unterstützt von diversen Fraktionskollegen, machte offenbar Eindruck. Bereits am 27. März hatte die Ko-

alition das Gesetz von der Tagesordnung des Bundestags genommen, weil sie eine Abstimmungsniederlage befürchtete. Diesen Donnerstag soll im Parlament ein zweiter Anlauf starten.

Der Widerstand in der großen Koalition, vor allem in der Union, ist größer denn je. Schindler formuliert offen seine Kampfansage: "Ich stimme dagegen. Unsere Hähntchen wollen das durchdrücken." Gemeint sind die Kanzlerin und ihr Fraktionsvorsteher Volker Kauder. Der Pfälzer weiß viele Kollegen hinter sich: "Ich hoffe, dass ich gegen Kauder gewinne."

Es ist weniger das Thema als vielmehr das Signal, das Merkel und Kauder fürchten. Erneut könnte ein offen ausgetragener Streit der Union Negativschlagzeilen bescheren. Erst vor wenigen Wochen hatte die Neuordnung der Jobcenter, ebenfalls eine ziemlich komplizierte Materie, erbitterte Konflikte produziert.

Genüsslich verfolgt der Koalitionspartner das Treiben bei der Union. SPD-Fraktionsvize Ulrich Kelber bemerkt: "Bei der Union hat es einen internen Fraktionsaufstand gegeben." Doch ob alle Genossen dem Gesetzesvorhaben folgen, ist mittlerweile unklar. Kelber sieht die Absenkung einer gültigen Biokraftstoffquote ebenfalls "kritisch".

CDU-Rebell Schindler, zugleich Vizepräsident des Bauernverbands, kämpft auch für seine Klientel: "Das ist Ver-

trauensbruch bei den Investoren!" Für Agrarbetriebe, Rapsölmühlen und Biodieselanlagen war die Quote ein gutes Geschäft. Sie haben sich Kapazitäten aufgebaut. Nun sieht sich die Biospritbranche in ihrer Existenz bedroht.

Wenn Berlin nicht entscheidet, zahlt der Autofahrer die Zeche. Denn das bestehende Gesetz würde "schon 2009 zusätzliche Kosten von rund 500 Millionen Euro bedeuten", hat der Hauptgeschäftsführer des Mineralölwirtschaftsverbands, Klaus Picard, ausgerechnet. Die Konzerne müssen weiterhin eine bestimmte Quote von Biodiesel verkaufen. Ansonsten drohen ihnen Strafgebühren, die auf die Kunden umgelegt würden. Picard: "Dieselfahrer müssen dann bis zu zwei Cent je Liter mehr zahlen."

Neues Quotengesetz

Rückwirkend soll die Biobeimischung von 6,25 auf 5,25 Prozent gesenkt werden, weil Millionen Autos sonst den Sprit nicht fahren können

Fotos: T. Koehler/photothek.net, ddp

Wappen

Kapazitätsproblem - 36 Anlagen wollen ihr Produkt absetzen, aber den reinen Biodiesel können moderne Pkws und Lkws mit Euro-6-Norm nicht mehr tanken

Rebell - Norbert Schindler, CDU-Bundestagsabgeordneter und Vizepräsident des Bauernverbands, lehnt niedrigere Biospritquoten ab